



57/2014 inkl. TOP 20ff. und TOP 62 NEU

Kiel, 17. Juni 2014

Themen der Plenarsitzung: Bildungsdebatte zur Lehrerversorgung, Tourismusstrategie des Landes sowie Sanierungsstau an Sportstätten (inkl. Ergänzung)

Kiel (SHL) – Zu seiner nächsten Tagung kommt der Landtag ab Mittwoch, 18. Juni, 10:00 Uhr, im Plenarsaal in Kiel zusammen. Im Zentrum der Plenartagung stehen die Bildungsdebatte zur Lehrerversorgung, die Tourismusstrategie des Landes sowie der Sanierungsstau an Sportstätten in Schleswig-Holstein. Nähere Informationen zu allen Tagesordnungspunkten (TOP) mit Diskussion im Plenum enthält die folgende Vorschau in der Reihenfolge des geplanten Aufrufs der Themen. Den aktuellen Verlauf der Plenartagung begleitet plenum-online, die Internet-Zeitung des Landtages. Sie kann unter www.sh-landtag.de aufgerufen werden.

Mittwoch, 18. Juni 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 20, 30, 31, 40, und 45 Anträge zur Bildungs- und Wissenschaftsfinanzierung im Rahmen der beschlossenen Bafög-Übernahme des Bundes, Antrag der Fraktion der CDU (Drs. 18/1960), Anträge der Fraktion der FDP (Drs. 18/1971, 18/1996), Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1972), Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/1990), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 70 Minuten

Der Bund greift den Ländern beim Thema Bildung unter die Arme. Nach einer Ende Mai erzielten Absprache will Berlin von 2015 an komplett das Schüler- und Studenten-Bafög übernehmen. Für Schleswig-Holstein heißt das: Rund 36 Millionen Euro, die bislang für das Bafög vorgesehen waren, stehen für andere Ziele zur Verfügung. Die Koalition hat sich zwei Tage vor der Landtagssitzung auf einen Fahrplan verständigt. Die Oppositionsfraktionen legen eigene Konzepte vor. Ein weiteres Thema der Bildungsdebatte ist die Inklusion von Schulkindern mit und ohne Behinderung.

Nach den Plänen von SPD, Grünen und SSW sollen an den Schulen in Schleswig-Holstein bis 2017 insgesamt 728 mehr Lehrer unterrichten als bisher geplant. Über einen Nachtrags-etat sollen schon in diesem Jahr 4,75 Millionen Euro für 228 Lehrerstellen finanziert werden. Vor dem Hintergrund der Schuldenbremse und sinkender Schülerzahlen sollten zum Sommer eigentlich 365 Stellen gestrichen werden. 2015 soll es 200 weitere Lehrerstellen geben, 2016 noch einmal 100 und 2017 weitere 200.

Noch zusätzlich übrig bleibende Bafög-Mittel will die Koalition verwenden, um den Lehrer-Vertretungsfonds aufzustocken. Davon sollen besonders Berufsschulen profitieren. 2015 sind das 7,6 Millionen Euro, 2016 dann 2,7 und 2017 2,25 Millionen. Für die Hochschulen sind aus Mitteln, die für Bafög-Erhöhungen reserviert waren, ab 2016 jährlich zehn Millionen Euro vorgesehen.

Die CDU fordert ebenfalls einen Nachtragshaushalt für das laufende Jahr und fordert, mit den Bafög-Millionen „mindestens 300 zusätzliche Lehrerplanstellen zu schaffen“. Zudem macht sich die Union für eine „Qualitätsverbesserung in den Universitäten“ stark. Diesen Punkt unterstreicht auch die FDP. Die Liberalen wollen das frei werdende Geld zu zwei Dritteln in die Hochschulen investieren und lediglich ein Drittel in die Schulen stecken. Die Piraten rufen die Landesregierung auf, zunächst einmal ein „Bedarfs- und Finanzierungskonzept“ für den Bildungsbereich vorzulegen. Bis das vorliegt, sollen alle bisher geplanten Sparmaßnahmen auf Eis gelegt werden.

Thema Inklusion: Die FDP betont erneut, dass die Regelschulen überlastet seien, wenn sie im großen Umfang Schüler mit Förderbedarf integrieren sollen. Die Liberalen fordern einmal mehr, die Förderzentren nicht nur als Beratungseinrichtungen zu erhalten, sondern als Schulen mit eigenen Klassen.

Zudem soll die Landesregierung darlegen, wie die Schulbegleitung von Kindern mit Förderbedarf künftig finanziert werden soll. Hintergrund: Das Landessozialgericht in Schleswig hat Ende Februar einen folgenreichen Beschluss zur Inklusion gefasst: Demnach muss primär die Schule – und nicht das Sozialamt – die Kosten für die Betreuung und Begleitung von Kindern mit Behinderung übernehmen. Um den zusätzlichen organisatorischen und finanziellen Aufwand aufzufangen, fordern die Kommunen Unterstützung vom Land. Der rot-grün-blaue Koalitionsausschuss hat sich darauf verständigt, ab 2015 rund 13 Millionen Euro für 314 Schulbegleiter zu reservieren, etwa für Sozialpädagogen und Erzieher.

Etwa 64 Prozent der Schulkinder mit besonderem Förderbedarf werden in Schleswig-Holstein nach Angaben der Landesregierung an den allgemeinbildenden Schulen unterrichtet. Der Norden hat damit einen der bundesweit höchsten Werte in punkto Inklusion. Von den 16.000 Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden 10.300 inklusiv beschult. Damit beträgt der Anteil der Förderschüler in den Klassen 1 bis 10 der Regelschulen 4,1 Prozent.

TOP 2 Gesetz zur Neuregelung der Wahl der oder des Landesbeauftragten für Datenschutz, Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1472), Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses (Drs. 18/1877), geplanter Aufruf 11:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Der Schleswig-Holsteinische Landesdatenschutzbeauftragte darf bislang maximal zehn Jahre im Amt bleiben. Diese Befristung wollen SPD, Grüne und SSW nun abschaffen. Den entsprechenden Gesetzentwurf hat die Koalition im Innen- und Rechtsausschuss beschlossen. Profitieren könnte der derzeitige Amtsinhaber Thilo Weichert, dessen Amtszeit in diesem Jahr ausläuft. Die Opposition kritisiert das Vorhaben vehement. Ein Gegenentwurf der Piraten steht vor der Ablehnung. Sie wollen den Datenschutz-Posten öffentlich ausschreiben und die Bewerber öffentlich im Ausschuss anhören. Erst danach sollte der Landtag nach Willen der Piraten in geheimer Wahl abstimmen.

Die Koalition will nun aber den Passus aus dem Landesdatenschutzgesetz streichen, der bislang nur eine einmalige Wiederwahl des Beauftragten erlaubt. Weichert ist seit 2004 im Amt, er wurde 2009 bestätigt. Im laufenden Jahr müsste er nach geltendem Recht ausscheiden. Alle anderen Beauftragtenstellen in Schleswig-Holstein, wie Flüchtlingsbeauftragter, Behindertenbeauftragter oder Bürgerbeauftragte, seien jedoch unbeschränkt wiederwählbar, heißt es aus der Koalition. So sei es auch in anderen Bundesländern gang und gäbe. Hieran soll nun das Amt des obersten Datenschützers angepasst werden.

Die CDU sieht jedoch Kungelei und verweist darauf, dass Weichert ein grünes Parteibuch habe. Auch FDP und Piraten signalisierten Ablehnung. Es sei gute Sitte, die Amtszeiten von Kontrollorganen zu begrenzen. Aus der Koalition hieß es, die Gesetzesänderung solle kein Freifahrtschein für Weichert sein. Er solle aber die Chance bekommen, sich erneut zu bewerben.

Weichert hat sich in seiner Rolle als Chef des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz (ULD) unter anderem durch seinen Kampf gegen das soziale Netzwerk Facebook und die Kamerafahrten von Google Street View einen Namen gemacht. Seine Klagen gegen Facebook als Werbe-Medium stießen allerdings in der heimischen Wirtschaft und auch in der Landespolitik auf Kritik.

**TOP 5 Gesetzentwurf zum Schutz personenbezogener Informationen, Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/1558neu), Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses (Drs. 18/1984), geplanter Aufruf 11:45 Uhr, geplante Redezeit 5 Minuten
- Eine Aussprache ist nicht vorgesehen -**

Siehe Vorbericht zu TOP 2.

TOP 9 und 35 Große Anfrage und Antrag zum Fahrradverkehr in Schleswig-Holstein, Große Anfrage der Fraktion der SPD (Drs. 18/1298), Antwort der Landesregierung (Drs. 18/1806), Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1975), geplanter Aufruf 11:50 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Schleswig-Holstein soll zum „Fahrradtourismusland Nummer eins“ werden. Das sieht zumindest der rot-grün-blaue Koalitionsvertrag vor. Wie es um den Drahtesel im Lande steht, legt nun ein 50-seitiges Papier des Wirtschaftsministeriums dar, das die SPD per Großer Anfrage angefordert hat. Die Piraten rufen die Regierung unterdessen auf, bei diesem Thema „mehr in die Pedale zu treten“.

So soll die Fahrradmitnahme in Zügen nach Willen der Piraten außerhalb des Berufsverkehrs kostenlos werden. Es soll mehr Fahrrad-Abstellplätze geben, und die Städte und Gemeinden sollen in einer Arbeitsgemeinschaft gemeinsam an Verbesserungen vor Ort arbeiten. Die Bilanz der bisherigen Fahrradförderung sei „bitter“, klagen die Piraten: Das „Fahrradland Schleswig-Holstein“ habe diesen Namen zurzeit leider nicht verdient. Das Land habe Millionen für den Bau wenig benutzter Radwege ausgegeben, der Radverkehrsanteil in Schleswig-Holstein sei aber von zehn Prozent im Jahr 2005 auf neun Prozent im Jahr 2012 zurückgegangen und liege damit unter dem Bundesdurchschnitt.

Laut dem Regierungspapier haben 2013 rund 14 Prozent der Feriengäste einen Radurlaub im Lande gemacht. Damit liegt Schleswig-Holstein auf dem dritten Rang im bundesweiten Vergleich. Für viele andere Feriengäste ist Rad fahren außerdem die beliebteste Aktivität in einem Urlaub in Schleswig-Holstein. Ziel ist, den Marktanteil von 14% in den nächsten Jahren kontinuierlich zu erhöhen, um sich im bundesweiten Vergleich den ersten Platz zu sichern.

Ein wichtiger Punkt für Rad-Touristen ist die flächendeckende Verbindung von Verkehrsträgern, etwa das „Bike & Ride“-Angebot, das es bereits an vielen Bahnhöfen in Schleswig-Holstein gibt. Die Radkoordinierungsstelle der Tourismusagentur Schleswig Holstein analysiert gerade, wo ein solches Bike & Ride Angebot noch sinnvoll wäre. Hierfür sollen in den kommenden Jahren Fahrzeuge und Bahnhöfe aufgemöbelt werden.

Wer sein Rad diebstahlsicher abstellen möchte, kann die abschließbaren Abstellablagen für Abonnenten von Monatstickets nutzen. Auch an Radfernwegen gibt es abschließbare Boxen. Wegen der hohen Investitionskosten wurden insgesamt an allen Fernwegen aber nur 54 solcher Anlagen gebaut.

Sollten durch eine bessere Infrastruktur mehr Autofahrer in den Sattel gelockt werden, hofft

die Landesregierung auf einen sinkenden Lärmpegel in den Städten. Allerdings müsse die Sicherheit im Straßenverkehr mit der steigenden Zahl der Radler mithalten. Radwege und Schutzstreifen sollen das gewährleisten.

Außerdem müssten Kinder und Jugendliche für sicheres Rad fahren motiviert werden. Hierzu unterstützte die Landesregierung z.B. die Landesverkehrswacht Schleswig-Holstein e.V. im letzten Jahr mit 120.000 Euro.

Laut Bericht verfügen 80 Prozent der Bundesstraßen und 60 Prozent der Landesstraßen im Norden über einen Radweg. Diese Zahlen sollen in den kommenden Jahren nicht aufgestockt werden, weil die Strecken an viel befahrenen Straßen für Touristen nicht attraktiv seien. Nur wenn es zwingend notwendig ist, etwa bei gestiegener Unfallgefahr, soll hier nachgebessert oder neu gebaut werden.

Der Zustand der Radwege in Schleswig-Holstein ist durchwachsen. Im Jahr 2009 wurden erstmals 2.100 Kilometer Radweg entlang von Landesstraßen auf den Prüfstand gestellt. Ergebnis: 50 Prozent der Wege waren in einem sehr guten Zustand - allerdings auch 480 Kilometer dringend erneuerungsbedürftig.

TOP 3 und 12 Änderung des Kommunalabgabengesetzes und der Gemeindeordnung sowie Antrag zur Tourismusstrategie, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 18/1136), Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses (Drs. 18/1977), Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/1868), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Im Sommer strömen die Urlauber nach Schleswig-Holstein – und es sollen noch mehr werden. Das sieht die im Frühjahr vorgestellte neue Tourismusstrategie vor, über die nun der Landtag berät. SPD, Grüne und SSW begrüßen das Konzept. Die Koalition will außerdem endgültig über die neue Tourismusabgabe entscheiden.

Thema Tourismus-Strategie: Ziel ist es, bis zum Jahr 2025 auf 30 Millionen gewerbliche Übernachtungen, 30 Prozent mehr touristischen Bruttoumsatz und unter die Top 3 bei der Gästezufriedenheit zu kommen. Zum Vergleich: Aktuell liegt die Zahl der gewerblichen Übernachtungen bei 24,5 Millionen und Schleswig-Holstein befindet sich im Bundesländer-Ranking bei der Gästezufriedenheit von Urlaubsreisenden auf Rang 7.

Statt der bisherigen drei (Ältere, Gutverdienende, Familien) soll es künftig sieben Zielgruppen für das Urlaubs-Marketing im Lande geben:

- Natururlauber, die Ursprünglichkeit und Natur erleben wollen

- Familien mit Kindern, unterteilt nach reinen Bade- und Wassersport-Urlaubern sowie „Aktivfamilien“, die auch hohen Wert auf Angebote abseits der Küste legen
- „Entschleuniger“, die Luxus genießen und etwas für ihre Gesundheit tun wollen
- „Neugierige“, die – vorwiegend als Paare – Land und Leute erleben wollen
- Städtereisende samt Kulturtouristen, die im Vergleich zu den anderen Zielgruppen in Schleswig-Holstein noch deutlich seltener anzutreffen sind.

Das auf die Zielgruppen ausgerichtete Landesmarketing wird sich dabei auf folgende Themenfelder konzentrieren:

- Natur, Familie Strand als herausragende Stärke des Tourismus in Schleswig-Holstein
- Rad fahren und Segeln als „Aktiv-Themen“
- Städtereisen sowie Gesundheitsurlaub als so genannte Entwicklungsthemen, die stärker für den Tourismus im Land erschlossen werden sollen.

Thema Tourismus-Abgabe: Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein mit hohem Gäste-Aufkommen sollen künftig eine Tourismusabgabe erheben können. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Landesregierung hat den Innen- und Rechtsausschuss unverändert passiert. SPD, Grüne und SSW haben den Vorstoß befürwortet.

Bislang können nur 185 anerkannte Kur- und Erholungsorte die Fremdenverkehrs-Abgabe verlangen. Für Städte wie Flensburg, Lübeck und Kiel gilt dies trotz einer Vielzahl an Touristen jedoch bislang nicht. Die Tourismusabgabe soll von Hoteliers, Gast- und Pensionswirten, die von der örtlichen Infrastruktur profitieren, bezahlt werden. In diesem Zuge soll die bisherige Fremdenverkehrs-Abgabe abgeschafft und die Erhebung einer Bettensteuer untersagt werden.

TOP 14, 22, 51 und 52 Anträge und Bericht zur Stausituation im Zuge des Ausbaus der Autobahn A7 und zur Rader Hochbrücke, Antrag der Fraktion CDU (Drs. 18/1925), Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/1962), Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 18/1725), Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 18/1847), Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/1730), Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 18/1849), geplanter Aufruf 15:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Autobahn 7 wird ausgebaut, es drohen Staus zwischen Hamburg und Bordesholm. Vor diesem Hintergrund regt die CDU an, das Sonntagsfahrverbot für Lkw auf der Strecke zu lockern. Die Landesregierung müsse diesen Schritt gemeinsam mit den anderen Nord-Ländern prüfen, fordert die Union.

Der vierjährige Ausbau der A7 zwischen dem Bordesholmer Dreieck und der Grenze zu Hamburg auf sechs Spuren beginnt im Herbst. Dann bräuchten die überfüllten Straßen dringend Entlastung, heißt es aus der CDU. Ausnahmen vom Sonn- und Feiertagsfahrverbot könnten eine Möglichkeit sein.

Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) zeigte sich Medienberichten zufolge grundsätzlich offen. Allerdings müsse die Logistik-Branche genau definieren, welche Lockerung der Regeln ihr helfen würde. Die Landesregierung soll auf Antrag der Koalition im Landtag darlegen, wie sie gegen verstopfte Straßen vorgehen will.

Aus dem Speditionsgewerbe verlautet, eine Öffnung der Autobahn ab 18 Uhr sei wünschenswert. Bisher dürfen Lkw über 7,5 Tonnen erst ab 22 Uhr fahren. Hiergegen regt sich jedoch Protest aus der Tourismuswirtschaft: Um diese Zeit seien noch viele Kurzurlauber und Tagesgäste unterwegs.

Ein weiteres Thema der Verkehrsdebatte ist die marode Rader Hochbrücke im Zuge der A7 über den Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg. Bereits im vergangenen Jahr hatte die Teilspernung der Brücke für Staus, Unmut und politische Diskussionen gesorgt. Koalition und FDP befürchten einen Verkehrsinfarkt und fordern den Bund auf, die Nord-Süd-Achse durch das Land in Schuss zu bringen – entweder durch eine neue Brücke oder auch einen Tunnel mit einer Eisenbahntrasse. Der entsprechende Antrag der Koalition erhielt letztlich im Ausschuss die Mehrheit.

Die Autobahn-Brücke hält laut einem Gutachten womöglich nur noch zwölf Jahre. Statik-Berechnungen hätten ergeben, dass das 1972 eröffnete Bauwerk die damals prognostizierte Lebensdauer von 100 Jahren bei weitem nicht erreicht, sondern wegen Materialermüdung schon 2026 an die Grenze ihrer Belastbarkeit stößt.

TOP 19 Erschwerniszulagen für Berufsfeuerwehrbeamtinnen und -beamte, Antrag der Fraktionen von FDP und CDU (Drs. 18/1940neu), geplanter Aufruf 16:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Polizei- oder Justizbeamte erhalten eine Zulage, wenn sie nachts oder am Wochenende arbeiten. Bis Jahresanfang galt das auch für Berufsfeuerwehrleute – seitdem aber nicht mehr. FDP und CDU wollen das nun ändern und die sogenannte Erschwerniszulagenverordnung auf die Feuerwehrleute ausweiten.

Eine neue Landesverordnung hat zum 1. Januar die bisherige Bundes-Regelung abgelöst. Dabei sind die Brandbekämpfer außen vor geblieben. Der Grund: Das Innenministerium fürchtet, die Kommunen könnten das Extra-Geld, das sie ihren Feuerwehrleuten zahlen sollen, beim Land einfordern. Grundlage hierfür ist das in der Landesverfassung verankerte

Prinzip der Konnexität. Es besagt, dass das Land die Kosten übernehmen muss, wenn es Städten, Kreisen und Gemeinden neue Aufgaben überträgt.

Finanz-Staatssekretär Thomas Losse-Müller hat im Januar im Innen- und Rechtsausschuss laut Protokoll betont, „die Landesregierung sei vor dem Hintergrund der oftmals erhobenen Vorwürfe der Kommunen auf Konnexität sehr vorsichtig geworden“. Der Ball in Sachen Feuerwehr „liege jetzt bei den Kommunen“.

Die FDP-Fraktion hat daraufhin den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages um eine Überprüfung gebeten. Das Ergebnis liege nun vor, so die Liberalen: Demnach sei es „nicht ersichtlich, dass die Ausweitung des Regelungsbereiches der Erschwerniszulagenverordnung (...) auf Berufsfeuerwehrbeamtinnen und -beamte Konnexität auslösen würde.“ Vor diesem Hintergrund erwarte die FDP, „dass die Koalitionsfraktionen unserem Antrag, die Erschwerniszulagenverordnung wieder auszuweiten, ihre Zustimmung geben“.

Laut Erschwernis-Verordnung bekommt ein Beamter pro Stunde 2,72 Euro zusätzlich, wenn er an einem Sonn- oder Feiertag arbeitet. An Samstagen gibt es 64 Cent pro Stunde in der Zeit von 13 bis 20 Uhr und 1,28 Euro zwischen 20 Uhr und sechs Uhr morgens.

TOP 25 Gerechtigkeit schaffen - Alleinerziehende steuerlich entlasten, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 18/1965), geplanter Aufruf 16:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Alleinerziehende sollen weniger an den deutschen Fiskus zahlen müssen. Die FDP fordert, dass dazu eine Bundesratsinitiative gestartet wird. Ziel: Der steuerliche Entlastungsbetrag soll deutlich steigen. Der aktuelle Betrag von 1.308 Euro pro Jahr ist seit zehn Jahren unverändert. Die Liberalen fordern auch, dass die Summe regelmäßig an die Lebenshaltungskosten angepasst wird. Und es soll das Motto gelten: Je mehr Kinder, desto mehr Entlastung.

Mit ihrem Vorstoß liegt die FDP auf einer Linie mit Familienministerin Kristin Allheit (SPD). Sie hat die Forderungen bereits Ende Mai auf der Jugend- und Familienkonferenz in Mainz gestellt. Dem Antrag von Schleswig-Holstein haben die Länder mit einer deutlichen Mehrheit zugestimmt, wie die Landesregierung berichtet.

Laut einer im März veröffentlichten Studie der Hochschule Darmstadt im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung müssen Alleinerziehende fast genauso viele Steuern zahlen wie Alleinlebende. Die Steuer-Ersparnis gegenüber Singles beträgt in den unteren Einkommensbereichen nur 15 Euro – unabhängig davon, wie viele Kinder im Haushalt leben. Das Sozialministerium möchte den Entlastungsbetrag auf mindestens 1.542 Euro aufstocken.

Donnerstag, 19. Juni, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 10 Evaluation des Sanierungsstaus bei Sportstätten in den Kommunen, Große Anfrage der Fraktion der CDU (Drs. 18/1176), Antwort der Landesregierung (Drs. 18/1951), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 40 Minuten

Marode Hallen, abgewirtschaftete Freibäder, holprige Sportplätze, umweltbelastende Heizanlagen – jede dritte der 3.500 Sportstätten in Schleswig-Holstein ist dringend sanierungsbedürftig. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der CDU hervor. Das Innenministerium beziffert den Sanierungsbedarf für die kommenden Jahre auf 55,2 Millionen Euro. Vor allem in Turn- und Mehrzweckhallen bröckelt der Putz.

Zuständig sind in erster Linie die Kommunen, betont die Landesregierung. Städte, Kreise und Gemeinden betreiben über 2.500 der Anlagen. Das Land greife den Kommunen aber unter die Arme, etwa im Rahmen der Städtebauförderung und des Konjunkturpakets II.

Laut dem Papier wurden im Lande in den Jahren 2012 und 2013 knapp 62 Millionen Euro in Hallen und Plätze investiert. 48 Millionen kamen aus kommunalen Kassen, gut zwei Millionen vom Land sowie rund zehn Millionen von „sonstigen Geldgebern“.

Der Landessportverband warnt in einer Stellungnahme für die Landesregierung davor, die Sanierungsdebatte auf die bauliche Situation der Anlagen zu verengen. Menschen trieben heute anders Sport als vor einigen Jahrzehnten. Die Alterung der Gesellschaft erfordere in Zukunft „einen stark zunehmenden Bedarf an multifunktionalen und kleinteiligen Hallen und Räumen für gesundheits- und fitnessorientierten Sport“.

TOP 8 Gesetzentwurf zur Abschaffung von Anhalte- und Sichtkontrollen in Grenz- und „Gefahrengebieten“, Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1995),geplanter Aufruf 10:40 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Polizei hat Teile Schleswig-Holsteins zeitweilig oder dauerhaft zu „Gefahrengebieten“ erklärt. Konsequenz: Die Ordnungshüter können Bürger ohne Anlass kontrollieren, in den Rucksack gucken, Autos anhalten, das Wageninnere in Augenschein nehmen. Hiergegen regt sich nun Protest. Die Piraten wollen solche Gefahrengebiete per Gesetzentwurf verbieten. „Ganze Städte und Regionen“ würden „als potenziell gefährlich diffamiert“, lautet ein Ar-

gument. Und: „Verdachtslose Kontrollen ins Blaue hinein verletzen die Privatsphäre unbescholtener Bürger.“ Zudem sei unklar, ob so tatsächlich Verbrechen verhindert werden.

Die Polizei in Schleswig-Holstein weist schon seit Jahren großflächig Gefahrengebiete aus. Der gesamte Hamburger Rand wurde Berichten zufolge in den Wintermonaten November bis März zu einer Sonderzone. Neumünster ist sogar schon seit fünf Jahren Gefahrengebiet. Auch Teile von Lübeck und Kiel waren betroffen.

Die rechtliche Grundlage für dieses Vorgehen liefert Paragraph 180 des Landesverwaltungs-gesetzes. Danach darf die Polizei in bestimmten Gebieten „zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten von erheblicher Bedeutung Personen kurzzeitig anhalten und mitgeführte Fahrzeuge einschließlich deren Kofferräume oder Ladeflächen in Augenschein nehmen“. Die Maßnahme ist „in örtlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht auf den für die vorbeugende Bekämpfung erforderlichen Umfang zu beschränken“.

Die Polizei kann das für dreimal 28 Tage anordnen. „Über jede weitere Verlängerung einschließlich deren räumlicher Beschränkung und deren Dauer bedarf es einer richterlichen Entscheidung“, heißt es im Gesetz. Das Amtsgericht Neumünster hat der Polizei jeweils Verlängerungen um ein ganzes Jahr genehmigt. Als Grund für die Einstufung als Gefahren-Zone gilt die Rocker-Kriminalität, die Rivalität zwischen den Bandidos und den Hells Angels.

Der polizeiliche Umgang mit Gefahrengebieten steht spätestens seit den Ereignissen in Hamburg in der Kritik. Dort waren im Februar nach Attacken gegen Polizeiwachen große Teile der Innenstadt zu Gefahrengebieten erklärt worden. Nach zehn Tagen beendete die Polizei die Aktion.

TOP 26 Kieler Woche zur Völkerverständigung nutzen, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 18/1966), geplanter Aufruf 11:15 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Trotz Ukraine-Krise: Russische Seeleute sollen nach dem Willen der FDP auch in diesem Jahr internationales Flair auf die Kieler Woche bringen. Die Liberalen fordern die Landesregierung auf, beim Bund durchzusetzen, dass die Fregatte „Boiky“ zu der Festwoche Ende Juni anlegen darf. Die Kieler Woche solle der Völkerverständigung dienen und nicht „symbolhafter Sanktionspolitik“.

Die Stadt Kiel hatte die russische Fregatte mit seinen 150 Seeleuten zu dem Segelsportereignis eingeladen. Wegen der Ukraine-Krise zeigte das Bundesverteidigungsministerium der „Boiky“ jedoch die Rote Karte. Die Hardthöhe hatte die Russen eingeladen, nachdem die NATO die militärische und zivile Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation in einem Beschluss vom 1. April eingefroren hatte.

Neben der FDP setzen sich unter anderem auch Vertreter der Evangelischen Kirche und der Kieler Stadtpräsident Hans-Werner Tovar dafür ein, dass die „Boiky“ das Fördespektakel bereichern darf. Auch Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) sagt laut Medienberichten im Grundsatz Ja dazu, dass das russische Kriegsschiff Kiel ansteuert: „Je mehr Nationen teilnehmen, desto besser ist es.“ Für ihn sei dieses Thema jedoch eine Angelegenheit des Bundes.

Aktuell: In einem Brief an den Probst des Kirchenkreises Altholstein hat das Außenministerium eine Woche vor dem großen Segelsportereignis nochmal bekräftigt, dass die russische Fregatte von der Kieler Woche ausgeschlossen bleibt. Das geht aus Medienberichten hervor.

TOP 29 Unterstützung der Forderung des Ministerpräsidenten nach Schaffung eines EU-Kommissars für Minderheiten, Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1969), geplanter Aufruf 11:50 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) hat sich Anfang Mai dafür ausgesprochen, dass in der künftigen EU-Kommission ein eigener Posten für Minderheiten geschaffen wird. Diesen Vorschlag greifen nun die Piraten auf. Die Bundesregierung soll sich hierfür stark machen, wenn in Brüssel der Zuschnitt und die Zusammensetzung der neuen EU-Kommission festgelegt werden.

In den 47 Staaten Europas leben nach Angaben der Piraten rund 340 autochthone Minderheiten mit mehr als 100 Millionen Menschen. Damit gehöre jeder siebte Europäer einer Minderheit oder Volksgruppe an. Es gebe allein in der EU neben den 24 Amtssprachen über 60 Regional- oder Minderheitensprachen, die von rund 40 Millionen Menschen gesprochen werden. Dennoch würden die Interessen der Minderheiten in der Europäischen Kommission bisher nur unzureichend vertreten. Gerade Schleswig-Holstein „mit seiner vorbildlichen Minderheitenpolitik“ müsse hier Impulse setzen, fordern die Piraten.

Albig hat seinen Vorstoß auf dem Symposium des größten europäischen Minderheitenkongresses im süddänischen Sonderburg gestartet. Veranstalter des Kongresses waren die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), die Organisation der deutschen Minderheit in Dänemark, der Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN), sowie dessen Pendant für die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein, der Sydslesvigsk Forening.

TOP 53 Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses (Drs. 18/1923), geplanter Aufruf 12:25 Uhr, geplante Redezeit 5 Minuten (Berichterstatter)

TOP 64 Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/2384), Bericht der Landesregierung (Drs. 18/1985), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Deutschland arbeitet weiter auf den Umstieg auf Erneuerbare Energien hin. Die Landesregierung berichtet einmal im Jahr über den Fortschritt der Energiewende.

Nach Auskunft des Energiewendeministeriums sollen die Erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein bis 2025 massiv ausgebaut werden. Das Ministerium nennt konkrete Zahlen, wie die Stromproduktion bis zum Jahr 2025 hochgefahren werden soll. Waren 2012 noch 3,2 Gigawatt Windleistung an Land installiert, so soll diese Zahl mithilfe neuer Anlagen auf 10,5 Gigawatt steigen. Wenn die geplanten Windräder auf hoher See installiert sind, sollen sie zunächst 10,3 Gigawatt abwerfen. Bis 2025 sollen es dann bis zu 16,7 Gigawatt sein. Photovoltaik soll von 1,3 auf 2,5 bis 2,9 Gigawatt zunehmen. Sollten sich diese Ausbauziele umsetzen lassen, würde ein Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch von mindestens 300 Prozent erreicht werden. Damit könnte Schleswig-Holstein eines der führenden Stromexportländer werden.

Die Landesregierung geht davon aus, dass die Erneuerbaren Energien den Ausstieg aus der Kernenergie nicht nur abfedern werden. Es wird sogar mit einem leichten Anstieg der Stromproduktion gerechnet. Auch der Strom aus Kohle soll 2025 keine wesentliche Rolle mehr spielen.

Damit das Vorhaben funktioniert, müssen in den nächsten Jahren massiv Leitungen gebaut werden. Im Bereich der Höchstspannung (380 Kilovolt) wird zum Beispiel eine Leitung von Büsum quer durch den Kreis Dithmarschen über 45 Kilometer bis zum Umspannwerk Büttel geführt. In Nordfriesland hat die E.ON Netz GmbH zwischen 2011 und 2013 eine Hochspannungsleitung mit 110 Kilovolt von Breklum nach Flensburg neu gebaut und eine von Dieksanderkoog nach Marne/West. Für die zukünftigen Projekte will die Landesregierung prüfen, ob die Kabel unter der Erde verlegt werden können, um Protesten vor Ort entgegenzukommen.

Die Energiewende wird sich dem Bericht zufolge positiv auf die Klimabilanz von Schleswig-Holstein auswirken. Bereits jetzt liegt der Ausstoß von Kohlendioxid im Lande deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. 2012 wurden in Deutschland 11,3 Tonnen CO₂ pro Kopf in die Luft geblasen, in Schleswig-Holstein waren es nur 9,2 Tonnen. Diese Zahlen will die Landesregierung in den kommenden Jahren noch weiter verbessern.

TOP 32, 38 und 61 Verfassungsschutzbericht 2013 und Anträge zum Haushalt des Verfassungsschutzes sowie zum Extremismus, Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1972), Antrag der Fraktion CDU (Drs. 18/1982), Verfassungsschutzbericht 2013 (Drs. 18/1810), geplanter Aufruf 15:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Blickpunkt innere Sicherheit: Die Piraten fordern einen transparenten Verfassungsschutz, die CDU verlangt ein Landeskonzept gegen alle Formen des Extremismus, und das Innenministerium legt den Verfassungsschutzbericht für das abgelaufene Jahr vor.

Die Piraten fordern, dass der Verfassungsschutz künftig auflisten muss, wie viel Geld er für welche Zwecke ausgibt. Im Landeshaushalt soll aufgelistet werden, welche Kosten für Mitarbeiter, für länderübergreifende Zusammenarbeit, für Geräte und Fuhrpark oder für Öffentlichkeitsarbeit entstehen. Geheim-Aktivitäten sollen „gesammelt ausgewiesen werden“.

Bisher seien Einnahmen und Ausgaben der Schlapphüte weder für den Landtag als Haushaltsgesetzgeber noch für die Öffentlichkeit überschaubar, kritisieren die Piraten. „Gerade in Zeiten der erheblichen öffentlichen Kritik“, etwa aufgrund möglicher Verbindungen von Verfassungsschutzmitarbeitern zur Terrorgruppe NSU, sei eine „so weitgehende Transparenz wie möglich“ nötig. In zahlreichen anderen Bundesländern gebe es solche Regelungen bereits, betonen die Piraten.

Die CDU bemängelt, dass es im Lande kein „zielgerichtetes Gesamtkonzept gegen Extremismus“ gebe. Stattdessen sei „eine Fixierung fast ausschließlich auf den rechtsextremen Bereich“ zu beobachten. Präventionsarbeit dürfe sich aber nicht auf den rechten Sektor beschränken, sondern müsse „mit gleicher Konsequenz auch den linksextremistischen und den islamistischen Bereich erfassen“.

Entsprechend fordert die Union neben der Aufklärungsarbeit, vor allem für Jugendliche, auch eine konsequente Strafverfolgung, eine intensive Zusammenarbeit des Landes mit Vereinen und Verbänden sowie länderübergreifende Aktivitäten bei beim Verfassungsschutz.

Das Innenministerium bezeichnet im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2013 die Sicherheitslage in Schleswig-Holstein als „weiterhin stabil“. Akute Bedrohungen durch extremistische Organisationen sind demnach derzeit nicht zu erkennen. Dennoch verfüge die extremistische Szene in Schleswig-Holstein „nach wie vor über ein Gewaltpotential, das jederzeit aktiv werden“ könne.

Thema Rechtsextremismus: Die NPD spielt laut Innenministerium weiterhin die beherrschende Rolle, obwohl die Partei derzeit eher „schwächelt“. Die Zahl ihrer Mitglieder ging von 200 auf 190 leicht zurück. Der aktionistische Rechtsextremismus verzeichnet nach Beobachtung des Verfassungsschutzes momentan ebenfalls eine Schwächephase. Auch die lange Zeit die Subkultur-Szene dominierende „Skinhead-Bewegung“ hat an Bedeutung verloren. In Teilen dieser Szene ist nun aber eine nicht weniger gefährliche Entwicklung erkennbar: Einzelne Akteure kopieren bewusst Verhaltensweisen der Rocker-Szene. Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten stieg gegenüber dem Vorjahr leicht an. 2013 registrierten die Sicherheitsbehörden 545 Delikte, zwölf mehr als im Vorjahr. Darunter waren 26 Gewalttaten, drei mehr als 2012.

Thema Linksextremismus: Hier ist die autonome Szene unverändert die prägende Kraft. Die gesamte linksextremistische Szene zählt rund 690 Personen, 40 weniger als 2012. Unter allen Linksextremisten sind unverändert rund 300 Personen als gewaltbereit einzustufen. 2013 wurden 235 (zehn mehr als im Vorjahr) politisch motivierte Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund, darunter 22 (zwölf weniger als 2012) Gewalttaten erfasst. Im Mittelpunkt standen gezielte Aktionen gegen Personen und Strukturen des tatsächlichen oder vermeintlichen rechtsextremistischen Lagers. Die begangenen Straftaten reichten von Sachbeschädigungen bis zu Brandstiftungen.

Thema Islamismus: Eine große Gefahr für die innere Sicherheit gehe weiterhin vom Salafismus aus, heißt es in dem Bericht. Dessen Anhängerschaft ist in Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr von 200 auf 210 Personen leicht angewachsen. Nach Ansicht des Innenministeriums ist es besonders problematisch, dass der Salafismus auch Radikalisierungsprozesse bis hin zum islamistischen Terrorismus befördern kann. Im vergangenen Jahr sind nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes 13 Personen aus Schleswig-Holstein mit einer mutmaßlichen jihadistischen Absicht in Richtung Syrien ausgewandert. Die Zahl der extremistisch motivierten Straftaten mit Auslandsbezug blieb auch 2013 auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau, mit insgesamt 17 Delikten, darunter eine Gewalttat.

TOP 33 Transatlantisches Freihandelsabkommen CETA stoppen, Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1973), geplanter Aufruf 16:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Nach ACTA und TTIP steht nun auch CETA am Pranger. Das geplante Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada sorgt für Proteste bei den Piraten im Landtag. Das „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ sei undemokratisch, schleife den Verbraucherschutz und bevorzuge einseitig internationale Großkonzerne, lauten die Vorwürfe. Die Piraten fordern Bundes- und Landesregierung auf, das Papier abzulehnen.

Die CETA-Verhandlungen liefen „hinter verschlossenen Türen“, wie die Piraten klagen. Viele Details sind noch nicht an die Öffentlichkeit gedrungen. Das sei undemokratisch, so die Piraten, zumal Änderungen an dem Abkommen im Nachhinein nicht mehr möglich seien. Wenn CETA von der EU und der kanadischen Regierung ohne Beteiligung der nationalen und regionalen Parlamente abgesegnet werde, dann drohe ein „Abbau von Verbraucherrechten“. Es gehe um Lebensmittel, Gentechnik, Urheberrechte, Medikamente, Finanzdienstleistungen oder Auftragsvergabe.

Ein weiterer Aspekt von CETA ist dem Vernehmen nach, dass Streitigkeiten zwischen staatlichen Behörden und internationalen Unternehmen nicht der Gerichtsbarkeit der betroffenen Staaten unterliegen, sondern auf außergerichtlichem Wege entschieden werden sollen: von sogenannten Schiedsgerichten. Hier bestehe die Gefahr, dass Großkonzerne einzelne Staa-

ten vor den Kadi zerrren, wenn ihnen deren Datenschutz- oder Verbraucherschutzgesetze nicht passen, monieren die Piraten.

Unklar ist bisher noch, ob das Abkommen zusätzlich zur Zustimmung des Europäischen Parlaments noch die Zustimmung durch die 28 Mitgliedsstaaten und die nationalen Parlamente benötigt - die EU-Kommission verneint dies, die meisten Mitgliedsstaaten sind hingegen der Meinung, dass dies zur Ratifizierung nötig sei.

TOP 34 Privatisierung von Schleswig-Holsteins Küsten und Ufern verhindern, Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1974), geplanter Aufruf 16:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Naturliebhaber könnten zunehmend vor Schlagbäumen oder Stoppschildern stehen, wenn sie an Küstenstreifen, Stränden und Ufern in Schleswig-Holstein wandern oder sonnenbaden wollen. Der Grund: Die Landesregierung überträgt Land- und Hafenumflächungen an Kommunen oder Privatleute – und die bauen Segelclubs oder Privathäfen. Dagegen sperren sich nun die Piraten.

Sie möchten verhindern, dass weitere Küstenstreifen geentert werden. Falls doch, soll die Natur weiterhin von der Allgemeinheit genutzt werden können. Die Piraten warnen auch vor einem Abschwung für den Tourismus, wenn die Wanderer immer weniger Ufer und Dünen betreten dürfen.

Innerhalb von sieben Jahren (2005 bis 2012) hat die Landesregierung insgesamt 163 Hektar Küstengebiete verliehen oder verkauft. Alleine 66 Hektar kann nun die Stadt Flensburg ihr Eigen nennen und nutzt sie für einen öffentlichen Hafen. Die Gemeinde Wendtorf (Kreis Plön) kaufte circa 25 Hektar, um einen Jachthafen einzurichten, und die Gemeinde Büsum erhielt den ebenfalls circa 25 Hektar großen Badestrand an der „Perlebucht“. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Piraten hervor (Drucksache 18/1181). Laut Wirtschaftsministerium soll die Öffentlichkeit die übertragenen Gebiete in der Regel weiterhin nutzen können. Die Hälfte des ehemaligen Landeseigentums wurde aber von Investoren gekauft und teilweise gesperrt.

Freitag, 20. Juni, 10:00 bis 14:00 Uhr

TOP 27 Übernahme der Schulden des UKSH durch das Land, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 18/1967), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 40 Minuten

Millionen-Defizit, Sanierungsstau, hoher Arbeitsdruck und Einschnitte bei der Patientenversorgung: Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) hat zuletzt vorwiegend Negativ-Schlagzeilen produziert. Um die Groß-Klinik in Kiel und Lübeck wieder auf Kurs zu bringen, will die FDP das Land stärker in die Pflicht nehmen.

Die Forderung der Liberalen: Die Landesregierung soll die aufgehäuften Schulden des UKSH, nach Schätzungen etwa 200 Millionen Euro, übernehmen. Allerdings stellt die FDP Bedingungen: keine weitere Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten und Top-Qualität bei Forschung, Lehre und Patientenversorgung. Und: Das UKSH soll genau auflisten, wie viel Geld es in diesen drei Teilbereichen einnimmt und ausgibt. Bei der Landesregierung stößt der Vorschlag Medienberichten zufolge auf Sympathie. Wissenschaftsstaatssekretär Rolf Fischer wird mit der Aussage zitiert, die Schulden-Übernahme sei „eine Option, die im politischen Betrieb ernsthaft diskutiert werden sollte“.

Im Mai hatte die Schließung der Kinder-Notfallambulanz am Klinikum Kiel für öffentliches Aufsehen gesorgt. Mehrere UKSH-Ärzte warfen der Klinik-Leitung daraufhin öffentlich vor, auf Kosten der Mitarbeiter und Patienten einen drastischen Sparkurs zu fahren.

Ein Grundproblem ist nach Ansicht der Klinik wie der Landespolitik der niedrige Basisfallwert in Schleswig-Holstein. Die Krankenkassen zahlen den Kliniken für die gleiche Operation unterschiedlich viel Geld, je nach Bundesland. Und Schleswig-Holstein schneidet besonders schlecht ab. Die schwarz-rote Bundesregierung hat allerdings angekündigt, die verschiedenen Basisfallwerte der Bundesländer angleichen zu wollen. Dies werde dem UKSH jährlich 16 Millionen Euro zusätzlich in die Kassen spülen, heißt es aus dem Wissenschaftsministerium. Die angespannte Lage der deutschen Uni-Kliniken war auch Thema beim Gespräch der Ministerpräsidenten mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Woche vor der Landtags-sitzung. Ergebnis: Der Bund will die Kliniken nicht, wie etwa von Schleswig-Holstein gefordert, direkt finanziell unterstützen. Eine Arbeitsgruppe soll aber prüfen, ob die Krankenhäuser zusätzliche medizinische Leistungen mit den Krankenkassen abrechnen können. So soll mehr Geld in die leeren Kassen fließen.

Stichwort UK S-H: Als eines der größten europäischen Zentren für medizinische Versorgung beschäftigt das Uniklinikum an seinen beiden Standorten Kiel und Lübeck etwa 11.800 Mitarbeiter und verfügt über 2.400 Patientenbetten. Das UK S-H ist im Jahr 2003 aus den Universitätsklinikum Kiel und Lübeck entstanden. Das Klinikum mit seinen 51 Kliniken und 26 Instituten ist eine Anstalt öffentlichen Rechts in Trägerschaft des Landes.

TOP 36, 46 und 47 Anträge zu Qualitätsstandards im Handwerk und der Freien Berufe, Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1976neu), Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 18/2000), Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 18/2001), geplanter Aufruf 10:40 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Müssen die Chefs von Handwerksbetrieben grundsätzlich einen Meisterbrief in der Tasche haben? Die Piraten sagen Nein; CDU und FDP brechen hingegen eine Lanze für den traditionellen deutschen Meisterzwang.

Die Piraten wollen den Weg in die Selbständigkeit erleichtern. Wer einen eigenen Handwerksbetrieb gründen oder eine bestehende Firma übernehmen will, soll nicht mehr grundsätzlich einen Meisterbrief vorweisen müssen. Die Piraten fordern die Landesregierung auf, im Bundesrat entsprechend aktiv zu werden.

Die „europaweit so nur noch in Deutschland und Luxemburg geltende Meisterpflicht“ soll demnach zunächst für zwölf „ungefährliche“ Handwerke gestrichen werden: Bäcker, Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierer, Brunnenbauer, Steinmetze und Steinbildhauer, Stukkateure, Maler und Lackierer, Chirurgiemechaniker, Informationstechniker, Büchsenmacher, Konditoren, Fleischer und Friseure.

Für „gefahr geneigte“ Handwerksberufe wie Elektrotechniker, Klempner oder Tischler soll die Pflicht in einem zweiten Schritt durch einen Befähigungsnachweis abgelöst werden. In Zukunft sollen alle Kunden selbst entscheiden können, ob sie einen Meisterbetrieb beauftragen oder auf die Meisterqualifikation verzichten, unterstreicht die Piratenfraktion.

Zudem würden so Arbeitsplätze geschaffen. Und: Mehr Wettbewerb im Handwerk bedeute für die Kunden einen besseren Service und niedrigere Preise. Die Piraten berufen sich auf eine Empfehlung der EU-Kommission, die Meisterpflicht auf den Prüfstand zu stellen. Dazu sollen die EU-Mitgliedsstaaten in den nächsten zwei Jahren eine gegenseitige Evaluierung ihrer Zugangsbeschränkungen vornehmen.

CDU und FDP loben zwar ebenfalls „die Bestrebungen der EU-Kommission, die bestehenden Berufsreglementierungen in allen EU-Mitgliedsstaaten transparent zu machen und dadurch den Zugang zu allen Berufen für EU-Bürger zu erleichtern“. Am Meisterzwang wollen Union und Liberale jedoch nicht rütteln. Er sei „eine der wesentlichen Grundlagen der im Verhältnis zum restlichen Europa überdurchschnittlich guten Wirtschafts- und Beschäftigungslage sowie einer geringen Jugendarbeitslosigkeit“.

So sei es „ein unverzichtbares Element des Verbraucherschutzes“, wenn Klempner oder Elektriker ins Haus kommen, die ausgewiesene Fachleute seien. Außerdem sichere der Meisterbrief „die erfolgreiche duale Ausbildung in Deutschland“ ab. So seien neun Prozent aller Beschäftigten im Handwerk Azubis. In der übrigen Wirtschaft seien es nur vier Prozent.

TOP 42 Arbeit für alle: Inklusive Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/1992), geplanter Aufruf 11:15 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Menschen mit Behinderungen profitieren bislang kaum vom wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland. Vor diesem Hintergrund rufen die Koalitionsfraktionen die Landesregierung auf, ein Landeskonzept für eine „inklusive Arbeitsmarktpolitik“ aufzustellen.

Das Land soll sich hierbei nach Willen von SPD, Grünen und SSW mit der Arbeitsagentur, Wirtschaftskammern, Unternehmensverbänden sowie Sozialbehörden und Behindertenvertretern zusammenschließen. Eine Idee: Auch Schleswig-Holstein soll ein „Budget für Arbeit“ einrichten. Hierbei zahlt das Land einem Arbeitgeber bis zu 70 Prozent des Lohns, wenn er einen Schwerbehinderten einstellt. Ähnliche Projekte gibt es bereits in Hamburg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz.

Und: Die Koalition will das „Sondervermögen Ausgleichsabgabe“ verstärkt nutzen, um Behinderte in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. In diesen Topf zahlen Arbeitgeber (ab 20 Beschäftigte) eine Strafgebühr, wenn sie nicht mindestens fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze an Schwerbehinderte vergeben. Für jeden nicht besetzten Pflichtplatz muss der Arbeitgeber monatlich eine Ausgleichsabgabe von 105 bis 260 Euro zahlen.

Im Mai 2014 waren in Schleswig-Holstein nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 5.424 Schwerbehinderte erwerbslos. Die Arbeitslosenquote unter behinderten Menschen ist bundesweit mit 14 Prozent mehr als doppelt so hoch wie bei Nichtbehinderten.

TOP 43 Abschiebestopp in die Balkanregion aufgrund der Flutkatastrophe, Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1993), geplanter Aufruf 11:50 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Piraten fordern die Landesregierung dazu auf, sich für einen bundesweiten Abschiebestopp für Flüchtlinge vom Balkan einzusetzen. Die Piraten-Fraktion sieht dringenden Handlungsbedarf aufgrund der Flutkatastrophe Mitte Mai, von der vor allem Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kroatien betroffen sind. Eine zusätzliche Gefahr droht in der Region durch freigespülte Landminen aus den Kriegen der 1990er Jahre. Überdies steigt mit den sommerlichen Temperaturen das Risiko, dass sich Seuchen ausbreiten. Aufgrund der prekären Bedingungen halten die Piraten einen Abschiebestopp für eine „humanitäre Selbstverständlichkeit“.

Mitte Mai hatte es eine Woche lang ununterbrochen in der Balkan-Region geregnet, was zu Überschwemmungen in weiten Teilen der drei Länder führte. In den Medien war Anfang Juni von über drei Millionen Menschen die Rede, die vom Hochwasser betroffen sind. Mehr als 50 Personen kamen in den Fluten ums Leben. Nach vorläufigen Schätzungen belaufen sich die

Schäden in Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kroatien auf ein bis zwei Milliarden Euro. Besonders stark betroffen sind laut UNICEF arme Familien. Teilweise zerstörte das Hochwasser ganze Roma-Siedlungen.

Eine besondere Brisanz hat die Diskussion jetzt durch die aktuellen Pläne der großen Koalition im Bund bekommen, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Das hätte ein verschärftes Asylrecht zur Folge, da Anträge von Asylsuchenden einfacher und schneller abgewiesen werden können. Es bekommt aber sowieso nur circa ein Prozent der Bewerber aus dem Westbalkan ein Bleiberecht. Die Berliner Opposition kritisiert das Vorhaben scharf, da es gegen die Grundsätze des Asylrechts verstöße und vor allem gegen die ethnische Minderheit der Roma gerichtet sei, die den größten Teil der Flüchtlinge aus den westlichen Balkanstaaten ausmacht.

Von Januar bis April 2014 haben laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 4.522 Serben und 1.800 Bosnier Asyl in der Bundesrepublik beantragt. Im Jahr zuvor hatten insgesamt rund 127.000 Menschen in Deutschland einen Asylantrag gestellt, der höchste Wert seit dem Jahr 1999.

Aktuell: Im Bundesrat hat es am Freitag vor der Landtagssitzung keine Mehrheit für die Verschärfung des Asylrechts gegeben.

TOP 48 Organspende rettet Leben - Vertrauen durch weitere Aufklärung stärken, Antrag der Fraktion der CDU (Drs. 18/2002), geplanter Aufruf 12:25 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Der Organ-Skandal im Jahr 2012 hat dazu geführt, dass die Zahl der Spender von Herz, Leber oder Niere drastisch gesunken ist. Hier will die CDU im Landtag nun gegensteuern – durch Aufklärung und Beratung.

Vor zwei Jahren kam heraus, dass Ärzte an mehreren deutschen Kliniken offenbar Patientenakten manipuliert hatten, um weniger akute Anwärter bei der Organ-Vergabe zu bevorzugen. Die Staatsanwaltschaften ermitteln noch, Politiker und Mediziner diskutieren über schärfere Regeln. Unterdessen hat die Spende-Bereitschaft stark nachgelassen. Im vergangenen Jahr gab es deutschlandweit nur noch 876 Spender, ein Rekord-Minus seit Verabschiedung des Transplantationsgesetzes 1997. Ein Jahr zuvor hatten noch 1.046 Menschen ihre Organe gespendet. Das geht aus Angaben der Deutschen Stiftung Organtransplantation hervor.

Vor allem in Schleswig-Holstein sinkt die Spende-Bereitschaft. Nach Angaben der Stiftung kamen 2013 in Deutschland auf eine Million Menschen im Schnitt 10,9 Spender. Im Norden waren es lediglich 7,8.

Vor diesem Hintergrund ruft die Union die Landesregierung auf, im Verbund mit den Krankenkassen und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gegen die Spendermüdigkeit anzugehen und „mehrsprachig und niedrigschwellig“ über das Thema zu informieren. Ärzte müssten schon während des Studiums auf dieses Thema vorbereitet werden, und auch die Krankenhäuser müssten sich stärker engagieren.

Aktuellen Zahlen zufolge setzt sich der Negativ-Trend in diesem Jahr fort. Nach dem historischen Tief 2013 ist die Zahl der Spenden in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres weiter um 4,7 Prozent auf 287 gesunken. 11.000 Menschen warten in Deutschland derzeit auf ein Spenderorgan.

TOP 60 Fluthilfen nach der Elbe-Flut und geplante Hochwasserschutzmaßnahmen in Lauenburg, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 18/1650), Bericht der Landesregierung (Drs. 18/1808), geplanter Aufruf 13:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Ein Jahr ist es her, als auch in Schleswig-Holstein die Elbe über die Ufer trat und das Hochwasser einen Millionenschaden anrichtete. Besonders betroffen war die Stadt Lauenburg. Teile der Altstadt standen komplett unter Wasser. Noch heute sind die Auswirkungen der Flut sichtbar. Die Landesregierung hat jetzt eine Bilanz der Schäden gezogen und einen Bericht zum aktuellen Stand der Fluthilfen vorgelegt.

Der Gesamtschaden in Schleswig-Holstein beträgt nach Auskunft des Umweltministeriums knapp 27,3 Millionen Euro. Den Löwenanteil dieser Summe machen Schäden in der Infrastruktur von Gemeinden (12 Millionen Euro) und Privathaushalten (13 Millionen Euro) aus. Noch sind längst nicht alle Hilfgelder aus dem Sonderfond von Bund und Land geflossen. So haben die Gemeinden Schäden in Höhe von knapp 9,2 Millionen Euro geltend gemacht. Davon wurden aber nur 87.000 Euro bewilligt und lediglich 6.600 Euro ausbezahlt. Immerhin 760.000 Euro sind an private Hausbesitzer gegangen, ungefähr die Hälfte der Summe, die die Hausbesitzer beantragt hatten. Viele Flutopfer haben sich noch gar nicht gemeldet. In den Medien war von Klagen über bürokratische Hürden die Rede, die das Antragstellen erschweren. So gibt es die Bedingung, dass vorab drei Angebote von Handwerkern eingeholt werden müssen. Die Unternehmen sind aber zeitlich zu stark ausgelastet, um Kostenvoranschläge zu erstellen.

Währenddessen drängt die Zeit. Deiche, Schleusen und nicht zuletzt die Innenstädte müssen repariert und für kommende Wassermassen gerüstet werden. Über die Planungsphase ist die Regierung aber nach eigener Aussage vielerorts noch nicht hinausgekommen. Was die Lauenburger Altstadt angeht: Hier soll bis Ende Juni ein Konzept für die Verbesserung des Hochwasserschutzes vorgelegt werden. Mittlerweile hat die Landesregierung einen Hochwasserschutzbeauftragten für die Elbe ernannt, der als Ansprechpartner fungiert. Zudem ha-

ben die Umweltminister Bund und Länder aufgefordert, ein Nationales Hochwasserschutzprogramm aufzulegen.

TOP 62 HSH Nordbank, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 18/1658neu), Bericht der Landesregierung (Drs. 18/1952), geplanter Aufruf 13:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Rote Zahlen in der Bilanz für 2013, gute Aussichten für das laufende Jahr und diverse Fragezeichen für die weitere Zukunft: Das sind die Kernpunkte des Berichts zur HSH Nordbank, den das Finanzministerium den Landtag vorlegt.

Das vergangene Jahr hatte die HSH mit einem Minus von 814 Millionen Euro abgeschlossen. Ein Grund für das zweitschlechteste Ergebnis der Firmengeschichte: Die Krise in der Schifffahrt dauert an, und die HSH musste Geld zurücklegen für den Fall, dass klamme Reeder ihre Kredite nicht abbezahlen können. Und: Die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, zu 85 Prozent Eigentümer der Bank, haben im letzten Jahr ihre Garantie für das angeschlagene Institut von sieben auf zehn Milliarden Euro aufgestockt. Dadurch werden für die HSH höhere Gebühren fällig.

In diesem Jahr aber „strebt die HSH eine Rückkehr in die Gewinnzone an“. Laut der im April vorgelegten Bilanz für das erste Quartal 2014 steht ein Plus von 214 Millionen zu Buche. Als Gründe für den Positiv-Trend nennt der Bericht ein brummendes Neugeschäft sowie „eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands“. Hierunter fallen auch Stellenstreichungen. Seit 2008 ist die Zahl der HSH-Beschäftigten von mehr als 5.000 auf 3.255 Ende März dieses Jahres gesunken. Bis zum Jahresende sollen Berichten zufolge weitere 84 Stellen wegfallen.

Weil das Land für Verluste der HSH ab einer bestimmten Höhe geradestehen muss, bleibt das Geldhaus ein Risiko für den Landeshaushalt – etwa, wenn die Weltwirtschaft erneut auf Talfahrt geht. Laut dem Papier ist es absehbar, dass die Bank zwischen 2019 und 2025 rund 1,6 Milliarden Euro aus der Ländergarantie abgreifen wird. Das sind 300 Millionen mehr als bislang angenommen. Die Summe soll aber nicht direkt auf die öffentlichen Kassen durchschlagen, sondern größtenteils aus den Gebühren bezahlt werden, die die HSH für die Länder-Bürgschaft zahlt.

Weitere Unwägbarkeiten lauern in Brüssel. Die EU-Kommission wird voraussichtlich im Laufe des Jahres entscheiden, ob die Länder-Beihilfen mit europäischem Recht vereinbar sind. Und: Die Europäische Zentralbank nimmt Europas Banken in einem „Stresstest“ unter die Lupe. Sollten Risiken in den Büchern lauern, müsste die HSH eventuell mehr Kernkapital zurücklegen – Geld, das nicht für das Kreditgeschäft zur Verfügung stünde. Ende 2013 lag die Kernkapitalquote laut Bericht bei 16,9 Prozent.

Hinweis:

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter www.sh-landtag.de unter *Aktuell/plenum-online*. Die Juni-Ausgabe wird voraussichtlich am Nachmittag des Dienstag, 17. Juni, ab ca. 16 Uhr ins Netz gestellt. An den Sitzungstagen bietet *plenum-online* rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse. Auch über Veränderungen der Tagesordnung sowie zeitliche Verschiebungen werden Sie über den aktualisierten Zeitplan auf dem Laufenden gehalten.

Die Debatten des Schleswig-Holsteinischen Landtages können live im Internet mitverfolgt werden unter ltsh.de/ParlaTV. Der Sender Kiel TV (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung live im Fernsehen und im Internet unter www.okkiel.de.

Reihenfolge der Beratung der 22. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**. Im Falle von Anträgen zu einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde erfolgt eine Anpassung der Reihenfolge der Beratung.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 18. Juni 2014			
20 + 30 + 31 + 40 + 45	Anträge zur Bildungs- und Wissenschaftsfinanzierung im Rahmen der beschlossenen Bafög-Übernahme des Bundes	70	10:00
2	Gesetz zur Neuregelung der Wahl der oder des Landesbeauftragten für Datenschutz	35	11:10
5	Gesetzentwurf zum Schutz personenbezogener Informationen - Eine Aussprache ist nicht vorgesehen	5	11:45
9 + 35	Große Anfrage und Antrag zum Fahrradverkehr in Schleswig-Holstein	35	11:50
3 + 12 Änderung des Kommunalabgabengesetzes und der Gemeindeordnung sowie Antrag zur Tourismusstrategie			
14 + 22 + 51 + 52	Anträge und Bericht zur Stausituation im Zuge des Ausbaus der Autobahn A7 und zur Rader Hochbrücke	35	15:35
19	Erschwerniszulagen für Berufsfeuerwehrbeamtinnen und -beamte	35	16:10
25	Gerechtigkeit schaffen - Alleinerziehende steuerlich entlasten	35	16:45
Donnerstag, 19. Juni 2014			
10	Evaluation des Sanierungsstaus bei Sportstätten in den Kommunen	40	10:00
8	Gesetzentwurf zur Abschaffung von Anhalte- und Sichtkontrollen in Grenz- und „Gefahrengebieten“	35	10:40
26	Kieler Woche zur Völkerverständigung nutzen	35	11:15
29	Unterstützung der Forderung des Ministerpräsidenten nach Schaffung eines EU-Kommissars für Minderheiten	35	11:50
53	Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses	5	12:25
64 Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein			
32 + 38 + 61	Verfassungsschutzbericht 2013 und Anträge zum Haushalt des Verfassungsschutzes sowie zum Extremismus	35	15:35
33	Transatlantisches Freihandelsabkommen CETA stoppen	35	16:10
34	Privatisierung von Schleswig-Holsteins Küsten und Ufern verhindern	35	16:45
Freitag, 20. Juni 2014			
27	Übernahme der Schulden des UKSH durch das Land	40	10:00
36 + 46 + 47	Anträge zu Qualitätsstandards im Handwerk und der Freien Berufe	35	10:40
42	Arbeit für alle: Inklusive Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein	35	11:15
43	Abschiebestopp in die Balkanregion aufgrund der Flutkatastrophe	35	11:50
48	Organspende rettet Leben - Vertrauen durch weitere Aufklärung stärken	35	12:25
60	Fluthilfen nach der Elbe-Flut und geplante Hochwasserschutzmaßnahmen in Lauenburg	35	13:00

62	HSH Nordbank	35	13:35
----	--------------	----	-------

Zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (Sammeldrucksache 18/2013):

TOP	
4	Änderung des Landesjustizverwaltungskostengesetzes
6	Änderung des Kirchensteuer- und des Kirchnaustrittsgesetzes
7	Errichtung eines Sondervermögens zur Umsetzung der Breitbandstrategie
11	Einbürgerung von Gebühren freistellen
13	Ergänzende Änderung zur EU-Ökodesign-Richtlinie 2009/125/EG
16	Jakobskreuzkraut bekämpfen - Honigqualität sicherstellen
17	Bericht über die Planung von SuedLink
18	Impfquoten verbessern - Masern eliminieren
21	Medienänderungsstaatsvertrag mit Parlamentsbeteiligung
28	Berichtsantrag - Landesstraßen-Zustandsbericht
37	Erstellung eines Raumordnungsberichts
41	Ehrenamt in Schleswig-Holstein stärken - Ehrenamtskarte attraktiver gestalten
44	Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit infolge des Optionszwangs verhindern
50	AKN – Elektrifizierung zügig weiterplanen, zeitnah bauen und bis 2018 fertigstellen
54	Ausbildungsförderung für Flüchtlinge erleichtern
55	Netzneutralität stärken
56	Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden
57	Rahmenkonzept für die Hospizversorgung fortschreiben
58	Anerkennungsfonds Schleswig-Holstein

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

15	Einführung des Kaufmännischen Rechnungswesens - Redezeit von 5 Minuten je Fraktion/LReg wird vorgesehen
23 + 39	Unterstützung einer möglichen Olympia - und Paralympicsbewerbung Hamburgs - Redezeit von 5 Minuten je Fraktion/LReg wird vorgesehen
24	Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten - Redezeit von 5 Minuten je Fraktion/LReg wird vorgesehen
49	Mehr Leichte Sprache in Schleswig-Holstein - Redezeit von 5 Minuten je Fraktion/LReg wird vorgesehen
63	Schlachtkapazitäten in Schleswig-Holstein - Redezeit von 5 Minuten je Fraktion/LReg wird vorgesehen